

Rechnungshof Rheinland-Pfalz



Kommunalbericht 2004

Teil I

Haushaltslage der Gemeinden und Gemeindeverbände

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Zusammenfassende Darstellung	1
Vorbemerkung	2
1. Überblick	3
2. Einnahmenentwicklung im Einzelnen	6
2.1 Steuern	7
2.1.1 Gesamtentwicklung	7
2.1.2 Gewerbesteuer	8
2.1.3 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und der Einkommensteuer	10
2.1.4 Grundsteuer	10
2.2 Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	10
2.3 Zuweisungen und Zuschüsse	10
2.4 Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen	12
2.5 Einnahmen aus Krediten	12
3. Ausgabenentwicklung im Einzelnen	12
3.1 Personalausgaben	13
3.2 Ausgaben für Sozialleistungen	13
3.3 Sachaufwand	14
3.4 Zinsausgaben	14
3.5 Sachinvestitionen	14
4. Schulden der kommunalen Haushalte	16
4.1 Kredite für Investitionen	16
4.2 Kassenkredite	16
4.3 Gesamtschulden	18

Anlage: Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Gebietskörperschaftsgruppen

Zusammenfassende Darstellung

Die Gemeinden und Gemeindeverbände wiesen 2004 im fünfzehnten Jahr in Folge einen negativen Finanzierungssaldo aus. Das Defizit, das im Vorjahr bei 713 Mio. € lag, verringerte sich im Wesentlichen aufgrund höherer Steuereinnahmen auf 506 Mio. €. Es blieb damit über dem Niveau des Finanzierungsdefizits des Jahres 2002, aber unter dem der Jahre 2001 und 2003. In Höhe von 391 Mio. € mussten Kassenkredite aufgenommen werden, die eigentlich nur kurzfristige Liquiditätsengpässe überbrücken sollen. Diese stiegen insgesamt im Vergleich zum Vorjahr um 21% auf 2.297 Mio. €. Die Kassenkredite der kreisfreien Städten sind inzwischen höher als deren Kredite für Investitionen.

Nach den Rechnungsergebnissen des Jahres 2003 konnten 860 Kommunen von 2.493 Kommunen ihren Haushalt nicht ausgleichen. Der Fehlbetrag erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 452 Mio. € auf 1.315 Mio. €.

Nach den Planungen für 2004 waren bei 1.048 Kommunen - 105 mehr als im Vorjahr - die Haushalte nicht ausgeglichen. Der Fehlbedarf von insgesamt 1.496 Mio. € entfiel zu zwei Dritteln auf die kreisfreien Städte.

Die langfristigen Schulden der kommunalen Haushalte zur Finanzierung von Investitionen beliefen sich 2004 auf 4.695 Mio. €.

Einschließlich ihrer Eigenbetriebe und Krankenanstalten hatten die Kommunen Schulden in Höhe von 11,4 Mrd. €, das entspricht einem Betrag von 2.800 € je Einwohner.

Vorbemerkung

Seit 1997 berichtet der Rechnungshof dem Landtag und der Landesregierung jährlich im Kommunalbericht über Erkenntnisse und Erfahrungen, die er und die seiner fachlichen Weisung unterliegenden Gemeindeprüfungsämter bei den Kreisverwaltungen aus einer Vielzahl von Prüfungen gewonnen haben.

Der Kommunalbericht 2004 wird in zwei Teilen vorgelegt, aus Gründen der Aktualität zunächst der Bericht zur Haushaltslage der Gemeinden und Gemeindeverbände. Teil II des Berichts, der Empfehlungen für die Kommunen aufgrund der Prüfungserfahrung des Rechnungshofs enthält, wird zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt werden.

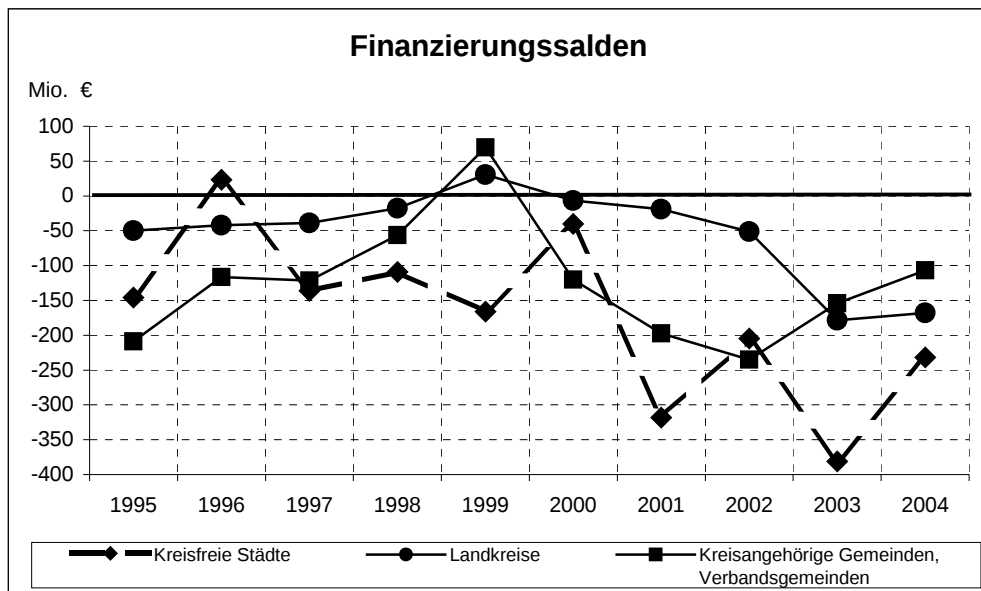
1. Überblick¹⁾

Die rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände²⁾ weisen im fünfzehnten Jahr in Folge einen negativen Finanzierungssaldo aus. Das Finanzierungsdefizit³⁾ lag 2004 bei 506 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahr verringerte es sich um 207 Mio. €.

Die Gesamteinnahmen im Jahr 2004 stiegen, insbesondere durch den starken Zuwachs bei der Gewerbesteuer, um 3,8 %. Dem standen um 1 % höhere Gesamtausgaben gegenüber. Für 6 % der Gesamtausgaben standen keine Einnahmen zur Verfügung. Von dem gesamten Finanzierungsdefizit entfielen 231 Mio. € auf die kreisfreien Städte, 168 Mio. € auf die Landkreise und 107 Mio. € auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden⁴⁾. Das Finanzierungsdefizit der kreisfreien Städte verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 39 %, das der kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden um 31 %. Die Landkreise verzeichneten einen Rückgang um 6 %.

Im dritten Jahr in Folge wiesen die Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt ein Defizit in der laufenden Rechnung aus. Ausgaben der laufenden Rechnung, wie beispielsweise Personal- und Sozialausgaben, wurden wieder teilweise mit Kassenkrediten finanziert.

Der Finanzierungssaldo der einzelnen Gebietskörperschaftsgruppen der letzten zehn Jahre war - außer 1996 bei den kreisfreien Städten und 1999 bei den Landkreisen und kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden - negativ.



-
- ¹⁾ Die Übersicht beruht im Wesentlichen auf den Statistiken über die kassenmäßigen Ergebnisse der Jahre 1999 bis 2004 und auf der Haushaltsplanung des Jahres 2004.
- ²⁾ Ohne Bezirksverband Pfalz und Zweckverbände.
- ³⁾ Differenz zwischen Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung (ohne besondere Finanzierungsvorgänge, z.B. Rücklagenentnahmen, Deckung von Vorjahresfehlbeträgen, innere Darlehen, Kreditmarktmittel).
- ⁴⁾ Im Interesse einer übersichtlichen Darstellung sind die Zahlenangaben grundsätzlich gerundet. Differenzen in den nachfolgend dargestellten Summen entstehen durch Rundungen.

Die Entwicklung der Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände in den Jahren 1999 bis 2004 ist in der folgenden Übersicht dargestellt und wird nachfolgend erläutert ⁵⁾.

		1999	2000	2001	2002	2003	2004	2004/ 2003
		- Mio. € -						%
1.	Einnahmen							
1.1	Steuern und steuerähnliche Einnahmen	2.512	2.567	2.331	2.297	2.185	2.400	9,8
	- Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	1.030	1.014	965	969	989	919	-7,1
	- Gewerbesteuer (netto)	827	913	709	740	639	919	43,8
	- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	119	110	116	118	115	112	-2,6
	- Grundsteuer A und B	359	380	388	398	406	413	1,7
1.2	Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb	918	835	877	875	910	923	1,4
	- Gebühren, sonstige Entgelte	386	310	329	334	344	340	-1,2
1.3	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	3.496	3.519	3.624	3.706	3.715	3.822	2,9
	- vom Land	1.714	1.672	1.709	1.828	1.855	1.840	-0,8
	- Schlüsselzuweisungen ¹⁾	789	773	780	866	827	821	-0,7
1.4	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	575	570	595	586	558	556	-0,4
	- vom Land	314	314	347	343	335	347	3,6
1.5	Erlöse aus Vermögensveräußerungen	389	300	273	329	300	262	-12,7
1.6	Bruttoeinnahmen der laufenden Rechnung	6.962	6.959	6.877	6.917	6.841	7.171	4,8
1.7	Bruttoeinnahmen der Kapitalrechnung	999	889	881	927	871	832	-4,5
1.8	Gesamteinnahmen (1.6+1.7) ohne besondere Finanzierungsvorgänge	7.961	7.848	7.758	7.844	7.712	8.003	3,8
2.	Ausgaben							
2.1	Personalausgaben	1.732	1.773	1.824	1.882	1.908	1.957	2,6
2.2	Laufender Sachaufwand	1.364	1.111	1.156	1.194	1.213	1.238	2,1
2.3	Zinsausgaben	262	281	301	298	294	298	1,4
2.4	Sozialausgaben	1.214	1.199	1.201	1.245	1.343	1.481	10,3
2.5	Sachinvestitionen	1.288	1.237	1.298	1.214	1.155	1.025	-11,3
	- Baumaßnahmen	951	954	993	954	921	815	-11,5
2.6	Zuweisungen u. Zuschüsse für Investitionen	137	109	103	120	135	111	-17,8
2.7	Bruttoausgaben der laufenden Rechnung	6.580	6.648	6.865	6.971	7.119	7.356	3,3
2.8	Bruttoausgaben der Kapitalrechnung	1.447	1.367	1.428	1.364	1.306	1.153	-11,7
2.9	Gesamtausgaben (2.7+2.8) ohne besondere Finanzierungsvorgänge	8.027	8.015	8.293	8.335	8.425	8.509	1,0
2.10	Finanzierungssaldo (1.9 ./ 2.9)	-66	-167	-535	-491	-713	-506	29,0
3.1	Überschuss/Fehlbetrag der laufenden Rechnung (1.7 ./ 2.7)	382	311	12	-54	-278	-185	33,5
3.2	Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen	351	328	316	377	430	358	-16,7
3.3	Tilgung von Krediten	233	249	240	244	266	288	8,3
3.4	Nettoinvestitionsrate (3.1 ./ 3.3)	149	62	-228	-298	-544	-473	13,1
4.	Schulden am 31. Dezember							
4.1	Haushalte	4.179	4.279	4.357	4.477	4.626	4.695 ²⁾ 3)	1,5
4.2	Eigenbetriebe	3.893	3.901	3.931	4.016	3.982		
4.3	Krankenanstalten	113	137	141	128	125		
4.4	Gesamtverschuldung (4.1+4.2+4.3)	8.185	8.317	8.429	8.621	8.733		
¹⁾	Für 1999 bis 2003 Handbuch der Finanzstatistik, Tabelle 600; für 2004 Ergebnisse der Berechnung der Schlüsselzuweisungen nach Mitteilung des Statistischen Landesamts.							
²⁾	Fortschreibung aus der vierteljährlichen Kassenstatistik (Stand 31. Dezember 2004).							
³⁾	Jahresergebnisse lagen noch nicht vor.							

Das Aufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände an Steuern und steuerähnlichen Einnahmen stieg gegenüber dem Vorjahr um 215 Mio. €, hauptsächlich aufgrund höherer Einnahmen bei der Gewerbesteuer. Die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb stiegen um 13 Mio. €.

Die Einnahmen aus laufenden Zuweisungen und Zuschüssen erhöhten sich um 107 Mio. €. Es verminderten sich die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen geringfügig um 2 Mio. €, die Erlöse aus Vermögensveräußerungen um 38 Mio. € und die Kreditaufnahmen um 72 Mio. €.

⁵⁾ Ein langfristiger Vergleich wird durch die Auslagerung von Einrichtungen aus den Haushalten erschwert. Abweichungen gegenüber der Veröffentlichung in den Kommunalberichten der Vorjahre beruhen auf Berichtigungen der Statistik.

Bei den Ausgaben stiegen die Personalausgaben um 49 Mio. €, der laufende Sachaufwand um 25 Mio. €, die Zinsausgaben um 4 Mio. € und die Sozialausgaben um 138 Mio. €. Die Sachinvestitionen verringerten sich um 130 Mio. € und die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen um 24 Mio. €.

In der laufenden Rechnung waren die Ausgaben⁶⁾ um 185 Mio. € höher als die Einnahmen⁷⁾. Der Fehlbetrag der laufenden Rechnung wurde wie im Vorjahr ausschließlich durch die kreisfreien Städte und die Landkreise verursacht. Bei den kreisfreien Städten übertrafen die laufenden Ausgaben die Einnahmen um 203 Mio. €. Nach Hinzurechnung der Tilgungsausgaben von 80 Mio. € belief sich die Unterdeckung der kreisfreien Städte auf 283 Mio. € (Vorjahr 368 Mio. €). Die Landkreise, die bis 2002 noch einen Überschuss der laufenden Rechnung ausweisen konnten, hatten 2004 einen Fehlbetrag von 113 Mio. €. Bei 53 Mio. € Tilgungsausgaben summierte sich die Unterdeckung auf 166 Mio. € (Vorjahr 163 Mio. €).

Bei den kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden entsprachen die Überschüsse in der laufenden Rechnung 2004 mit 131 Mio. € fast dem Vorjahresbetrag. Nach Abzug der Tilgungsausgaben von 155 Mio. € ergab sich jedoch auch hier eine Unterdeckung von 24 Mio. € (Vorjahr 13 Mio. €).

In der Kapitalrechnung verringerten sich die Einnahmen⁸⁾ 2004 gegenüber dem Vorjahr um 39 Mio. € und die Ausgaben⁹⁾ um 153 Mio. €. Zum Ausgleich der Kapitalrechnung fehlten 321 Mio. €.

Nach den Rechnungsergebnissen des Jahres 2003 blieb der Fehlbetrag um 63 Mio. € hinter dem nach der Planung ausgewiesenen Fehlbetrag zurück. Im Vergleich zum Rechnungsergebnis des Vorjahres erhöhte sich der Fehlbetrag allerdings um 452 Mio. €.

Jahr	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Haushaltsplanung						
- Zahl der unausgeglichene Haushalte	611	620	682	809	943	1.048
- Fehlbetrag in Mio. €	448	411	716	743	1.378	1.496 ¹⁰⁾
Rechnungsergebnis						
- Zahl der unausgeglichene Rechnungen	515	620	682	864	860 ¹¹⁾	¹²⁾
- Fehlbetrag in Mio. €	455	396	772	863	1.315	

Nach der Haushaltsplanung 2004 konnten 1.048 von 2.493 Gebietskörperschaften oder 42 % ihren Haushalt nicht ausgleichen. Das waren 105 Kommunen mehr als 2003. Der Fehlbetrag stieg im Vergleich der Jahre 1999 und 2004 um 234 %.

Von dem Fehlbetrag von 1.496 Mio. € entfielen

- 67 % auf die zwölf kreisfreien Städte,
- 13 % auf 19 Landkreise,
- 2 % auf sechs große kreisangehörige Städte,
- 3 % auf 69 Verbandsgemeinden und
- 15 % auf 942 Ortsgemeinden.

Die von Bund und Ländern 2002 im Finanzplanungsrat beschlossenen Eckpunkte für einen Nationalen Stabilitätspakt sehen für 2004 eine Begrenzung des durchschnittlichen jährlichen Ausgabeanstiegs der Länder und Kommunen auf 1 % vor. Die rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände haben diese Vorgabe - wie bereits im Vorjahr - bei den Gesamtausgaben eingehalten. Das Ergebnis 2004 wurde aber nur durch die Rückführung der Ausgaben

⁶⁾ Ausgaben der laufenden Rechnung sind Personalausgaben, laufender Sachaufwand, Zinsausgaben, laufende Zuweisungen und Zuschüsse (insbesondere Sozialausgaben) sowie Schuldendiensthilfen.

⁷⁾ Einnahmen der laufenden Rechnung sind Steuern und steuerähnliche Einnahmen, Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb, Zinseinnahmen und Schuldendiensthilfen sowie laufende Zuweisungen und Zuschüsse.

⁸⁾ Einnahmen der Kapitalrechnung sind Erlöse aus der Veräußerung von Sachvermögen und Beteiligungen, Vermögensübertragungen, Darlehensrückflüsse und Schuldenaufnahme vom öffentlichen Bereich.

⁹⁾ Ausgaben der Kapitalrechnung sind Sachinvestitionen, Zuwendungen für Investitionen, Erwerb von Beteiligungen und Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich.

¹⁰⁾ Nach der Planung Gesamteinnahmen von 9,612 Mrd. € und Gesamtausgaben von 11,108 Mrd. €.

¹¹⁾ Wie im Vorjahr alle zwölf kreisfreien Städte und fünf von acht großen kreisangehörigen Städten sowie 19 Landkreise (Vorjahr 13), 43 Verbandsgemeinden (Vorjahr 32) und 781 verbandsfreie Gemeinden und Ortsgemeinden (Vorjahr 802).

¹²⁾ Ergebnisse lagen noch nicht vor.

der Kapitalrechnung, insbesondere der Ausgaben für Investitionen, um 11,7 % erreicht. Die Ausgaben der laufenden Rechnung erhöhten sich um 3,3 %.

Trotz der Begrenzung der Ausgaben und der gestiegenen Einnahmen bei der Gewerbesteuer liegt das Finanzierungsdefizit von 506 Mio. € über dem Niveau des Jahres 2002 von 491 Mio. €, bleibt aber unter dem Niveau der Finanzierungsdefizite der Jahre 2001 und 2003 in Höhe von 535 Mio. € und 713 Mio. €.

Der Stand der Kassenkredite ist 2004 weiter angestiegen. Er entspricht bereits der Hälfte der Rückzahlungsverpflichtungen aus Krediten für Investitionen. Auf die kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz entfallen 68 % aller Kassenkredite. Diese Schulden haben erstmals den Schuldenstand für Investitionsausgaben überschritten.

Durch die Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Rahmen von "Hartz IV" sollen die Kommunen durch eine Revisionsklausel¹³⁾ bundesweit ab 2005 jährlich um 2,5 Mrd. € entlastet werden. Diese Entlastung kann jedoch nicht für den Defizitabbau genutzt werden. Sie soll nach Auffassung der Bundesregierung¹⁴⁾ der Stärkung der kommunalen Investitionskraft und dem Ausbau der Kinderbetreuung nach dem Tagesbetreuungsausbaugesetz¹⁵⁾ dienen. Ob überhaupt eine Entlastung der Kommunen eintritt, wird nach den in der Tagespresse wiedergegebenen Äußerungen von Gebietskörperschaften kontrovers beurteilt.

Bis Ende 2006 werden sich die Rückzahlungsverpflichtungen der Kommunen aus dem vom Land bereitgestellten Versteigungsdarlehen zur Stabilisierung der kommunalen Einnahmen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs nach der Haushaltsplanung des Landes auf 625 Mio. € belaufen, die neben den Schulden aus langfristigen Krediten und Kassenkrediten zu tilgen sind.

Die regionalisierte Steuerschätzung vom November 2004 geht im Vergleich zur Schätzung vom Mai 2004 von steigenden kommunalen Steuereinnahmen für 2005 von 36 Mio. € aus, insbesondere bei der Gewerbesteuer. Der Einnahmewachstum trägt jedoch nur begrenzt zur Lösung der Finanzprobleme der Kommunen bei. Die hohe Verschuldung und die steigende Zinslast führen zu einer weiteren Anspannung, bei der sich negative Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit kaum vermeiden lassen werden. Langfristig können auch bei einer konjunkturellen Erholung die Defizite und Schulden von inzwischen rd. 11,4 Mrd. €¹⁶⁾ nur über eine Reduzierung der laufenden Ausgaben abgebaut werden. Dies ist möglich bei einer konsequenten Aufgabenkritik und einer nachhaltigen Reduzierung von Standards. Das setzt die Bereitschaft aller politischen Ebenen voraus, kommunale Leistungen kritisch zu hinterfragen und ggf. einzuschränken oder abzuschaffen. Weiterhin könnten eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit und insbesondere eine Reform der kommunalen Verwaltungsstrukturen mittelfristig zur Einsparung von Aufwendungen führen.

2. Einnahmenentwicklung im Einzelnen

Die Gesamteinnahmen¹⁷⁾ der kommunalen Gebietskörperschaften stiegen im Jahr 2004 im Vergleich zum Vorjahr um 291 Mio. € oder 3,8 %. Die Einnahmen der laufenden Rechnung stiegen um 330 Mio. €. Die Einnahmen der Kapitalrechnung gingen um 39 Mio. € zurück.

Den größten Anteil am Zuwachs hatten mit 165 Mio. € die kreisfreien Städte. Die Mehreinnahmen der Landkreise betrugen 79 Mio. € und die der kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden 47 Mio. €.

Die Entwicklung der Einnahmen nach Gebietskörperschaftsgruppen ist in Anlage 1 dargestellt.

¹³⁾ Art. 1 Nr. 22 Gesetz zur optionalen Trägerschaft von Kommunen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Kommunales Optionsgesetz) vom 30. Juli 2004 (BGBl. I S. 2014).

¹⁴⁾ Vgl. Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (Bundestag-Drucksache 15/4317 vom 29. November 2004).

¹⁵⁾ Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder (Tagesbetreuungsausbaugesetz-TAG) vom 27. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3852).

¹⁶⁾ Schulden	Mio. €	€/Einwohner
Kredite für Investitionen	4.695	1.157
Kassenkredite	2.297	566
Versteigungsdarlehen	270	67
Eigenbetriebe (2003)	3.982	981
Krankenanstalten (2003)	125	31
Insgesamt	11.369	2.802

¹⁷⁾ Ohne besondere Finanzierungsvorgänge (Schuldenaufnahme, Entnahme aus Rücklagen).

2.1 Steuern

2.1.1 Gesamtentwicklung

Die Kommunen verzeichneten, nach rückläufigen Steuereinnahmen über drei Jahre in Folge, 2004 erstmals wieder einen Zuwachs von 215 Mio. € oder 9,8 %. Wesentliche Ursache hierfür waren die um 280,5 Mio. € gestiegenen Einnahmen bei der Gewerbesteuer. Die Grundsteuer erhöhte sich ebenfalls um 7,4 Mio. €, die sonstigen Steuern um 0,3 Mio. €. Dagegen verminderten sich der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer gegenüber dem Vorjahr um 69,8 Mio. € und der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer um 3,5 Mio. €.

Den größten Anteil am Zuwachs verzeichneten 2004 die kreisfreien Städte mit 141 Mio. €. Die Steuereinnahmen der Landkreise stagnierten auf Vorjahresniveau. Nach dem Wegfall des kommunalen Anteils an der Grunderwerbsteuer verblieben den Landkreisen nur noch geringe Steuereinnahmen. Bei den kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden stiegen die Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr um 74 Mio. €.

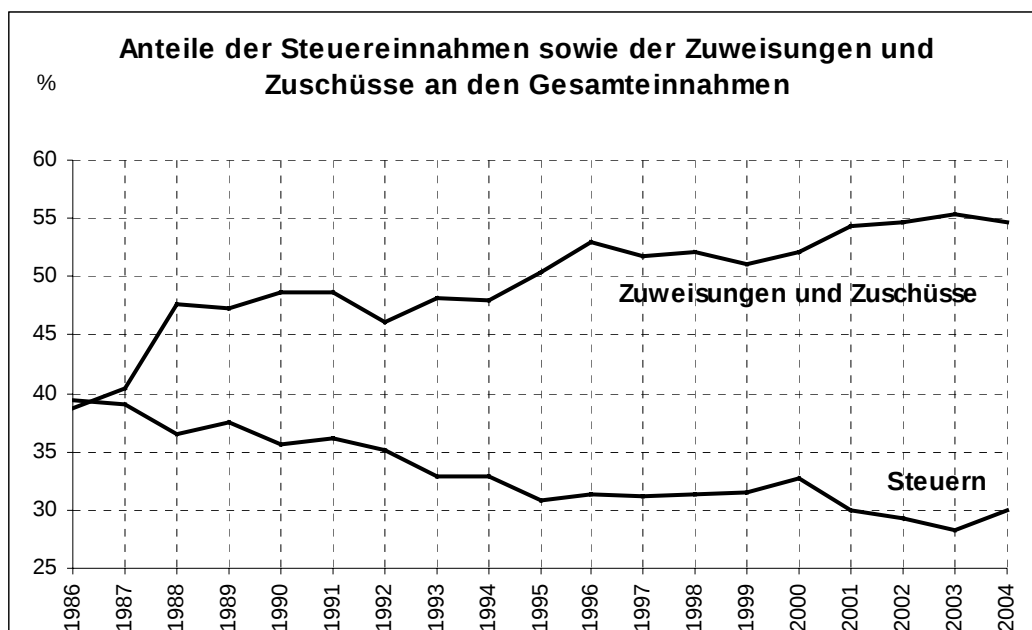
Jahr	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Landkreise	Kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden
	- Mio. € -			
1999	2.512	883	101	1.528
2000	2.567	998	84	1.485
2001	2.331	771	85	1.475
2002	2.297	803	27	1.467
2003	2.185	700	8	1.477
2004	2.400	841	8	1.551

Übersicht über die Entwicklung der einzelnen Steuerarten in den Jahren 1999 bis 2004:

Haus- halts- jahr	Grundsteuer A und B		Gewerbesteuer (netto)		Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer		Gemeindeanteil an der Einkommensteuer		Sonstige Steuern ¹⁸⁾	
	Mio. €	Verände- rungen gegenüber dem Vor- jahr in %	Mio. €	Verände- rungen gegenüber dem Vor- jahr in %	Mio. €	Verände- rungen gegenüber dem Vor- jahr in %	Mio. €	Verände- rungen gegenüber dem Vor- jahr in %	Mio. €	Verände- rungen gegenüber dem Vor- jahr in %
1999	358,8	3,5	827,4	-0,5	119,3	22,4	1.029,5	7,0	177,5	1,6
2000	380,1	5,9	913,4	10,4	110,1	-7,7	1.014,2	-1,5	149,5	-15,8
2001	387,6	2,0	708,9	-22,4	116,1	5,4	964,6	-4,9	153,4	2,6
2002	397,7	2,6	740,4	4,4	117,7	1,4	968,6	0,4	72,3	-52,9
2003	405,8	2,0	638,8	-13,7	115,4	-2,0	989,2	2,1	36,2	-49,9
2004	413,2	1,8	919,3	43,9	111,9	-3,0	919,4	-7,1	36,5	0,8

Der Anteil der Steuern und steuerähnlichen Einnahmen an den Gesamteinnahmen stieg 2004 gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Prozentpunkte auf 30,0 %. Der Anteil der Zuweisungen und Zuschüsse insgesamt sank auf 54,7 %. Die beiden Einnahmearten entwickelten sich von 1987 bis 2003 auseinander. Die Kommunen finanzierten sich in immer geringerem Maße aus eigenen Steuern. Die Veränderung 2004 resultiert aus den gestiegenen Gewerbesteuereinnahmen.

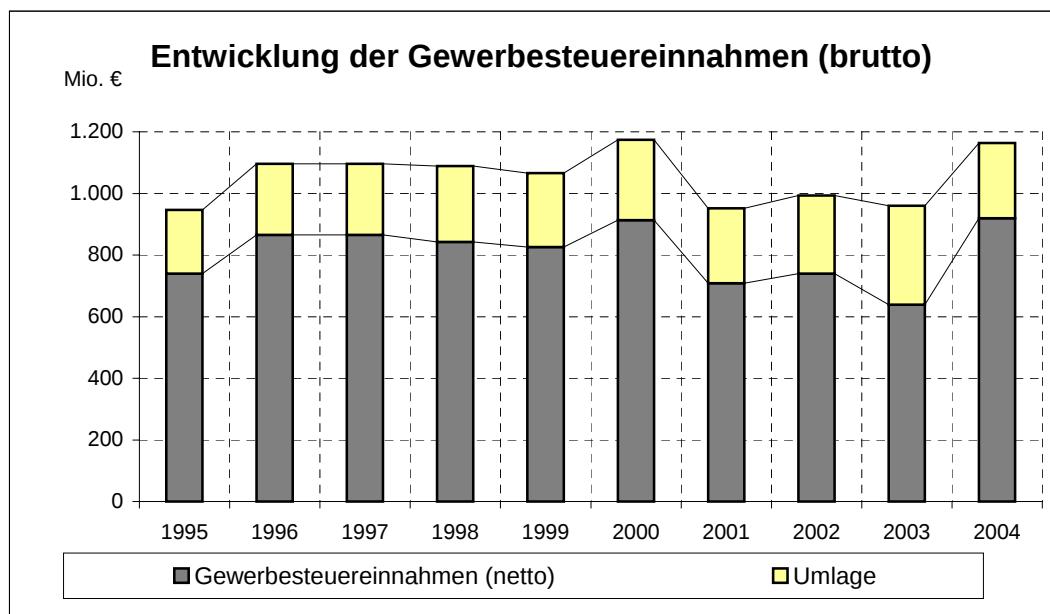
¹⁸⁾ Z.B. Schankerlaubnissteuer, Jagdsteuer, Grunderwerbsteuer (Restabwicklungsbeträge), Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Zweitwohnungssteuer.



2.1.2 Gewerbesteuer

Das Bruttoaufkommen der Gewerbesteuer 2004 von 1.164 Mio. € nahm gegenüber dem Vorjahr um 204 Mio. € oder 21 % zu. Es entsprach in etwa dem Aufkommen im Jahr 2000¹⁹⁾, dem höchsten Wert im Zehnjahresvergleich. Nach Abführung der gegenüber dem Vorjahr um 24 % verminderten Gewerbesteuerumlage von 245 Mio. € verblieben den Kommunen 2004 um 280 Mio. € höhere Einnahmen als im Vorjahr.

Die Gewerbesteuereinnahmen (brutto) und die Gewerbesteuerumlage für Bund und Land entwickelten sich in Rheinland-Pfalz seit 1995 wie folgt:

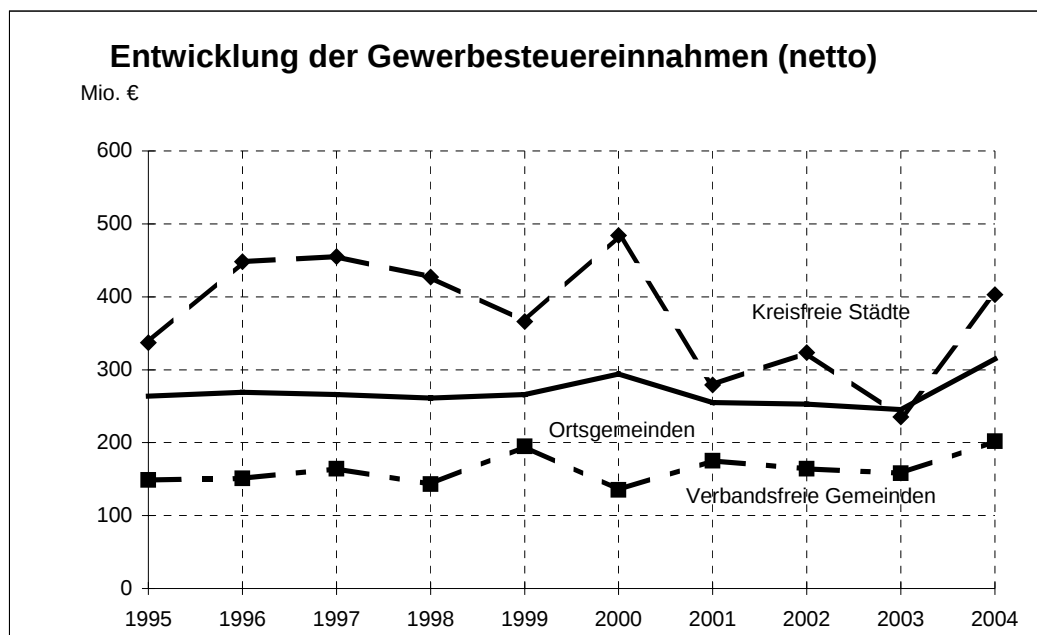


Der größte Anteil am Zuwachs des Nettoaufkommens der Gewerbesteuer entfiel mit 168 Mio. € oder 71 % auf die kreisfreien Städte²⁰⁾. Bei den verbandsfreien Gemeinden stiegen die Nettoeinnahmen um 43 Mio. € und bei den Ortsgemeinden um 69 Mio. €, jeweils um 28 %.

¹⁹⁾ Die Bruttoeinnahmen aus der Gewerbesteuer im Jahr 2000 lagen bei 1.174 Mio. €.

²⁰⁾ 74 Mio. € entfielen alleine auf die Stadt Ludwigshafen am Rhein.

Die Gewerbesteureinnahmen der Gebietskörperschaftsgruppen entwickelten sich wie folgt:



Bei den kreisfreien Städten verlief die Entwicklung des Nettoaufkommens der Gewerbesteuer im Jahr 2004 nach der vierteljährlichen Kassenstatistik unterschiedlich. Die Stadt Ludwigshafen am Rhein bezog allein 44 % der gesamten Mehreinnahmen. Bei den Städten Trier und Frankenthal (Pfalz) ergaben sich dagegen im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um 10,4 % und 14,9 %:

Kreisfreie Stadt	Gewerbesteuer (netto) in 1.000 €			
	2002	2003	2004	Veränderung 2004 zu 2003
Koblenz	41.100	43.613	67.227	23.614
Trier	16.400	28.390	25.441	-2.949
Frankenthal (Pfalz)	8.841	7.854	6.684	-1.170
Kaiserslautern	19.440	20.078	20.296	218
Landau in der Pfalz	10.057	7.900	13.508	5.608
Ludwigshafen am Rhein ²¹⁾	89.928	32.678	106.408	73.730
Mainz	78.231	44.838	81.916	37.078
Neustadt an der Weinstraße	8.383	9.813	11.748	1.935
Pirmasens	10.770	8.431	12.703	4.272
Speyer	12.602	11.049	19.711	8.662
Worms	21.561	16.275	27.526	11.251
Zweibrücken	6.476	4.335	9.586	5.251
Insgesamt	323.789	235.254	402.754	167.500

Die Gewerbesteuer (netto) hatte 2004 einen Anteil von 48 % an den gesamten Steuereinnahmen der kreisfreien Städte (Vorjahr 34 %).

Mit einem Gewerbesteueraufkommen von 399 €/Einwohner lagen die kreisfreien Städte um das 1,35fache über den Einnahmen der verbandsfreien Gemeinden und Ortsgemeinden mit 170 €/Einwohner. Das Gewerbesteueraufkommen bei den kreisfreien Städten betrug im Vorjahr 233 €/Einwohner und im Bereich der kreisangehörigen Gemeinden und Städte 133 €/Einwohner.

²¹⁾ Das Aufkommen im Jahr 2000 betrug rd. 200 Mio. €.

2.1.3 Gemeindeanteile an der Umsatzsteuer und der Einkommensteuer

Das Aufkommen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 3 Mio. € auf 112 Mio. €. Davon entfielen 53 Mio. € auf die kreisfreien Städte und 59 Mio. € auf die kreisangehörigen Gemeinden.

Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer gingen 2004 hauptsächlich infolge der Reform des Einkommensteuerrechts gegenüber dem Vorjahr um 70 Mio. € auf 919 Mio. € zurück²²⁾. Bis 2003 hatte der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer das Aufkommen an Gewerbesteuer (netto) stets, zum Teil sogar deutlich, übertroffen. 2004 lagen die Einnahmen auf gleicher Höhe.

Von den Einnahmen des Jahres 2004 entfielen 240 Mio. € auf die kreisfreien Städte und 679 Mio. € auf die kreisangehörigen Gemeinden.

2.1.4 Grundsteuer

Wie in den Vorjahren erhöhten sich die Einnahmen aus der Grundsteuer²³⁾. Sie stieg um 7 Mio. € auf 413 Mio. €. Davon entfielen 18 Mio. € auf die Grundsteuer A und 395 Mio. € auf die Grundsteuer B. Die kreisfreien Städte nahmen an Grundsteuern je Einwohner 135 €, die kreisangehörigen Gemeinden 91 € ein.

2.2 Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb

Die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb stiegen 2004 gegenüber dem Vorjahr um 13 Mio. € auf 923 Mio. €. Die kreisfreien Städte erzielten Einnahmen von 305 Mio. €, die Landkreise 115 Mio. € und die kreisangehörigen Gemeinden 503 Mio. €.

Während die Einnahmen aus Gebühren und sonstigen Entgelten mit 340 Mio. € um 4 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis lagen, stiegen die Einnahmen aus Konzessionsabgaben, Gewinnanteilen aus Unternehmen und Beteiligungen sowie die übrigen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen²⁴⁾ um 17 Mio. €.

2.3 Zuweisungen und Zuschüsse

Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse sowie die Investitionszuwendungen betrugen insgesamt 4.378 Mio. €.

Die Einnahmen aus laufenden Zuweisungen und Zuschüssen²⁵⁾ stiegen 2004 gegenüber dem Vorjahr um 107 Mio. € auf 3.822 Mio. €.

Die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen verringerten sich 2004 um 2 Mio. € auf 556 Mio. €.

Die Zuweisungen des Landes lagen mit 1.840 Mio. € um 15 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Der größte Anteil an den allgemeinen Finanzausweisungen des Landes entfällt mit 44,6 % auf die Schlüsselzuweisungen. Die Schlüsselzuweisungen A und B, die Investitionsschlüsselzuweisungen sowie der Härteausgleich nach § 35 Landesfinanzausgleichsgesetz (LFAG)²⁶⁾ blieben 2004 mit insgesamt 821 Mio. € fast konstant (Vorjahr 827 Mio. €). Die Einnahmen der kreisfreien Städte nahmen um 3 % zu, während sich im Landkreisbereich²⁷⁾ die Einnahmen um 2 % verminderten. Die kreisfreien Städte erhielten 170 € je Einwohner (Vorjahr 165 €) und die übrigen kommunalen Gebietskörperschaften 213 € (Vorjahr 217 €).

Auf die Schlüsselzuweisung A, die zum Ausgleich unterschiedlicher Steuerkraft gewährt wird, entfielen 76 Mio. €, auf die Schlüsselzuweisungen B 712 Mio. €²⁸⁾. Die Investitionsschlüsselzuweisungen beliefen sich auf 31 Mio. € und der Härteausgleich auf 2 Mio. €.

Im Vergleich der Jahre 1995 und 2004 nahmen die Schlüsselzuweisungen aller Gebietskörperschaften um 11 % zu. Bei den kreisfreien Städten betrug der Zuwachs 12 % und bei den Landkreisen 22 %. Die Schlüsselzuweisungen für

²²⁾ 1999 lag der Gemeindeanteil bei 1.030 Mio. €.

²³⁾ Steuergegenstand sind die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A) und der übrige Grundbesitz (Grundsteuer B).

²⁴⁾ U.a. Mieten und Pachten, Einnahmen aus Verkauf, Erstattung von Verwaltungsausgaben von anderen Bereichen.

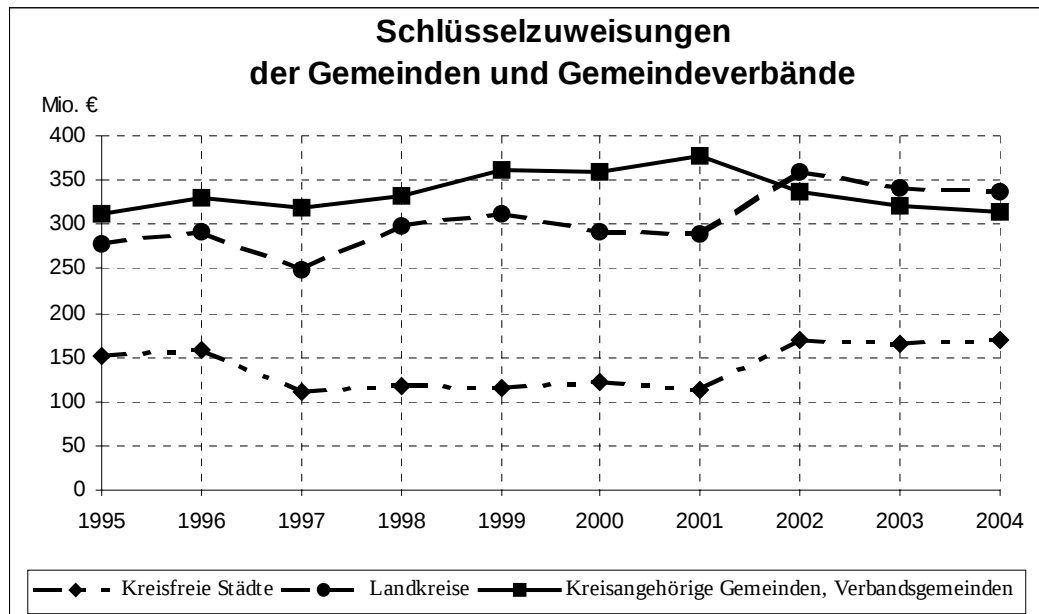
²⁵⁾ Von Bund, Land, Gemeinden (einschließlich Umlagen) sowie von anderen Bereichen.

²⁶⁾ Vom 30. November 1999 (GVBl. S. 415), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 2004 (GVBl. S. 579). Landkreise und kreisfreie Städte, die durch die ab 1. Januar 2002 geltende Rechtslage, insbesondere durch den Wegfall der Beteiligung an der Grunderwerbsteuer, besonders belastet wurden, erhielten in den Jahren 2002 bis 2004 einen Härteausgleich.

²⁷⁾ Kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreise.

²⁸⁾ Auf die Schlüsselzuweisungen B 1 - einwohnerbezogene Pauschbeträge - entfielen 142 Mio. € und auf die Schlüsselzuweisung B 2 - Zuweisungen nach der jeweiligen Finanzkraft - 570 Mio. € (§ 9 Abs. 2 LFAG).

die kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden blieben im Vergleichszeitraum konstant. Die Erhöhung bei den kreisfreien Städten und den Landkreisen ist hauptsächlich auf die Anhebung der Pro-Kopf-Beträge der Schlüsselzuweisungen B 1 zur teilweisen Kompensierung der Einnahmerückgänge infolge des Wegfalls des Gemeindeanteils an der Grunderwerbsteuer im Jahr 2002 zurückzuführen.



Die Investitionsschlüsselzuweisungen werden grundsätzlich zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen gewährt. Weil sich die Haushaltslage vieler Kommunen zunehmend defizitär entwickelt, wurden nach den Planungen 2004 mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde²⁹⁾ 24 Mio. € zum Ausgleich der Verwaltungshaushalte oder zur Verminderung des jeweiligen Fehlbedarfs in Anspruch genommen. Damit wurden 77 % (Vorjahr 74 %) der Zuweisungen nicht für ihren eigentlichen Zweck verwendet. In den Planungen aller kreisfreien Städte für 2004 waren die Investitionsschlüsselzuweisungen vollständig zur Verringerung von Defiziten vorgesehen. Bei den Landkreisen betrug der entsprechende Anteil 91 % und bei den kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden 40 %.

Die Leistungen des kommunalen Finanzausgleichs (Finanzausgleichsmasse) 2005 steigen nach dem Doppelhaushalt 2005/2006 gegenüber dem Vorjahr um 24,1 Mio. € auf 1.689,5 Mio. €. Als Darlehen zur Stabilisierung und Verstetigung kommunaler Einnahmen ist ein Betrag von 229 Mio. € veranschlagt³⁰⁾. Zusätzlich der Verstetigungsdarlehen aus Vorjahren summiert sich die Rückzahlungsverpflichtung der Kommunen gegenüber dem Land auf 499 Mio. € und wird nach der Haushaltsplanung für 2006 einen Betrag von 625 Mio. € erreicht haben.

Das Aufkommen aus der Kreisumlage (Umlagesoll) betrug 2004 insgesamt 654 Mio. € und damit 12 Mio. € mehr als im Vorjahr. An den Einnahmen der laufenden Rechnung der Landkreise hatte die Kreisumlage einen Anteil von 33 %. Im Vergleich der Jahre 1995 und 2004 nahm das Umlageaufkommen um 66 Mio. € zu. Der landesdurchschnittliche Umlagesatz erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 33,88 % auf 36,43 %.

Die Verbandsgemeindeumlage einschließlich der Sonderumlagen stieg gegenüber dem Vorjahr um 5 Mio. € auf 473 Mio. €. An den Einnahmen der laufenden Rechnung der Verbandsgemeinden hatte das Aufkommen der Verbandsgemeindeumlage einen Anteil von 49 %. Im Vergleich der Jahre 1995 und 2004 nahm das Umlageaufkommen um 38 Mio. € zu. Der landesdurchschnittliche Umlagesatz erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 37,33 % auf 39,82 %.

2.4 Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen

Die Einnahmen aus Veräußerungserlösen gingen 2004 im zweiten Jahr in Folge zurück, 2004 um 38 Mio. € auf 262 Mio. €.

²⁹⁾ § 10 Abs. 2 und 3 LFAG.

³⁰⁾ Die Landesleistungen im Kommunalen Finanzausgleich sind mit einer Mindesthöhe von 1.606 Mio. € garantiert. Um diese Summe zu erreichen, gewährt das Land den Gemeinden und Gemeindeverbänden ein Verstetigungsdarlehen (Haushaltsplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Haushaltsjahre 2005/2006, Einzelplan 20 Allgemeine Finanzen, Kapitel 20 06, Titel 853 01). Die Garantiesumme, die sich ab 2005 erhöhte, beträgt 1.622 Mio. € im Haushaltsjahr 2005 und 1.638 Mio. € im Haushaltsjahr 2006.

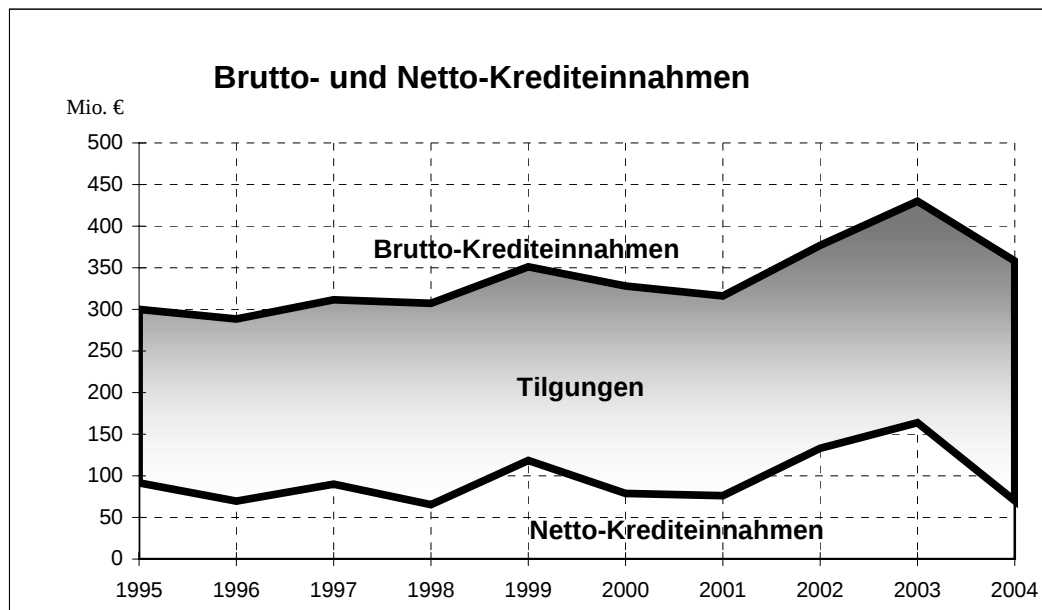
Die Veräußerung von Sachvermögen erbrachte Einnahmen von 234 Mio. €. Nach Abzug der Ausgaben für den Sacherwerb von 210 Mio. € verblieb ein Finanzierungsbeitrag von 24 Mio. €.

Beteiligungsveräußerungen erbrachten Einnahmen von 28 Mio. €. Nach Abzug der Ausgaben für den Erwerb von Beteiligungen von 11 Mio. € verblieben 2004 Finanzierungsmittel von 17 Mio. €.

2.5 Einnahmen aus Krediten

Die Brutto-Krediteinnahmen gingen 2004 im Vergleich zum Vorjahr um 72 Mio. € auf 358 Mio. € zurück³¹⁾. Die kreisfreien Städte nahmen 23 Mio. €, die Landkreise 15 Mio. € und die Gemeinden und Verbandsgemeinden 34 Mio. € weniger auf als 2003.

Bei Tilgungsleistungen von 288 Mio. €³²⁾ betrug die Netto-Neuverschuldung 70 Mio. €, das sind 94 Mio. € weniger als im Vorjahr.



Von der Netto-Neuverschuldung im Jahr 2004 entfielen auf die kreisfreien Städte 3 Mio. €, auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden 33 Mio. € und auf die Landkreise 34 Mio. €.

3. Ausgabenentwicklung im Einzelnen

Die Gesamtausgaben³³⁾ der Gemeinden und Gemeindeverbände erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 84 Mio. € (1 %) auf 8.509 Mio. €.

Die Gesamtausgaben stiegen bei den kreisfreien Städten um 16 Mio. € und bei den Landkreisen um 69 Mio. €. Bei den kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden blieben die Gesamtausgaben gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant.

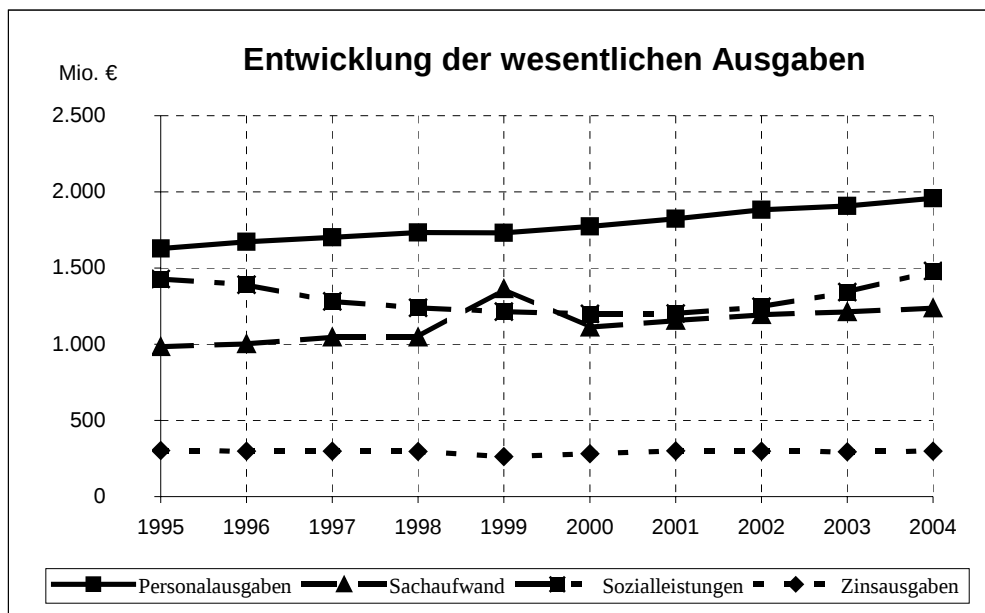
Die Entwicklung der Ausgaben der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung nach Gebietskörperschaftsgruppen ist in Anlage 1 dargestellt.

³¹⁾ Davon 3 Mio. € in der Kapitalrechnung und 355 Mio. € in den besonderen Finanzierungsvorgängen.

³²⁾ Davon 4 Mio. € in der Kapitalrechnung und 284 Mio. € in den besonderen Finanzierungsvorgängen.

³³⁾ Ohne besondere Finanzierungsvorgänge (Schuldentilgung, Zuführung an Rücklagen, Deckung von Vorjahresfehlbeträgen).

Die wesentlichen Ausgaben entwickelten sich wie folgt:



3.1 Personalausgaben

Die Personalausgaben erhöhten sich gegenüber 2003 um 49 Mio. € auf insgesamt 1.957 Mio. €. Bei den kreisfreien Städten stiegen sie um 2,6 % auf 628 Mio. €, bei den Landkreisen um 1,2 % auf 329 Mio. € und bei den kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden um 3 % auf 1.000 Mio. €.

Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Vorjahre ist erschwert, weil auch 2004 Einrichtungen aus den Haushalten ausgelagert und damit Personalausgaben ausgegliedert wurden.

Der Anteil der Personalausgaben an den Ausgaben der laufenden Rechnung 2004 betrug 26,6 % (Vorjahr 26,8 %). Bei den kreisfreien Städten waren es 32,6 %, bei den Landkreisen 15,8 % und bei den kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden 29,9 %.

Die Ausgaben für Löhne, Gehälter, Dienstbezüge und Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten betrugen 1.697 Mio. €, auf Versorgungsbezüge entfielen 215 Mio. €.

3.2 Ausgaben für Sozialleistungen

Die Ausgaben für Sozialleistungen stiegen 2004 gegenüber dem Vorjahr um 138 Mio. € oder 10,3 % auf 1.481 Mio. €. Im Vergleich zu 2003 stiegen die Sozialleistungen bei den kreisfreien Städten um 9 % und bei den Landkreisen um 16 %, während sich bei den kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden die Ausgaben um 2 % verringerten. Im Vergleich der Jahre 2000 bis 2004 entwickelten sich die Ausgaben im Einzelnen wie folgt:

Ausgabeart	2000	2001	2002	2003	2004	2004/2003
	- Mio. € -					%
Leistungen der Sozialhilfe an Personen außerhalb von Einrichtungen	453,2	437,2	443,6	434,4	441,6	1,7
Leistungen der Sozialhilfe an Personen in Einrichtungen	371,9	385,1	408,4	440,5	521,3	18,3
Leistungen an Kriegssopfer und ähnliche Anspruchsberechtigte	16,9	16,2	15,6	15,8	17,2	8,9
Leistungen der Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen	68,0	73,8	82,6	88,1	92,1	4,5
Leistungen der Jugendhilfe in Einrichtungen	137,4	148,6	158,7	164,0	168,4	2,7
Sonstige soziale Leistungen (u.a. Grundsicherung außerhalb von und in Einrichtungen)	67,5	75,7	76,1	146,9	191,9	30,6
Leistungen an Asylbewerber	83,9	64,4	60,4	53,6	48,8	-9,0
Summe	1.198,8	1.201,0	1.245,4	1.343,3	1.481,3	10,3

Der höchste absolute Zuwachs bei den Sozialleistungen entfiel mit 81 Mio. € auf die Sozialhilfe an Personen in Einrichtungen.

Den höchsten prozentualen Zuwachs verzeichneten die sonstigen sozialen Leistungen. Der Anteil der Grundsicherung an den sonstigen sozialen Leistungen belief sich 2004 mit 113,4 Mio. € auf 59 %. Die Leistungen der Grundsicherung stiegen gegenüber dem Vorjahr um 20,7 Mio. € oder 22 %.

Wie sich die aufgrund der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum 1. Januar 2005 eingetretenen Änderungen auf die kommunalen Haushalte auswirken werden, lässt sich derzeit noch nicht beurteilen.

3.3 Sachaufwand

Der laufende Sachaufwand, z.B. für die Gebäudebewirtschaftung und Geschäftsausgaben, stieg gegenüber 2003 um 25 Mio. € auf 1.238 Mio. €. Auf die kreisfreien Städte entfielen 410 Mio. €, auf die Landkreise 229 Mio. € sowie auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden 599 Mio. €.

3.4 Zinsausgaben

Die Zinsausgaben stiegen 2004 gegenüber dem Vorjahr um 4 Mio. €. Der Anstieg war darauf zurückzuführen, dass die kreisfreien Städte im Wesentlichen aufgrund der hohen Kassenkredite 10 Mio. € mehr für Zinsen ausgaben als im Vorjahr. Bei den Landkreisen stagnierten die Ausgaben auf Vorjahresniveau, die kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden wendeten 6 Mio. € weniger auf.

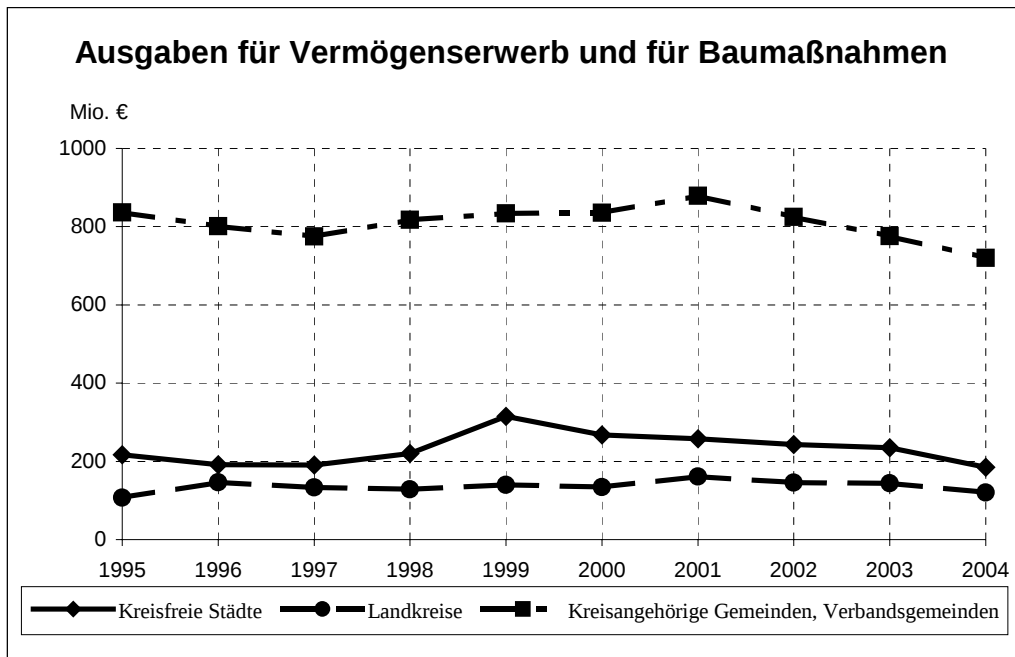
Die Zinssteuerquote (Verhältnis der Zinsausgaben zu den Einnahmen aus Steuern) entwickelte sich seit 1999 wie folgt:

1999	2000	2001	2002	2003	2004
10,4 %	10,9 %	12,9 %	13,0 %	13,5 %	12,4 %

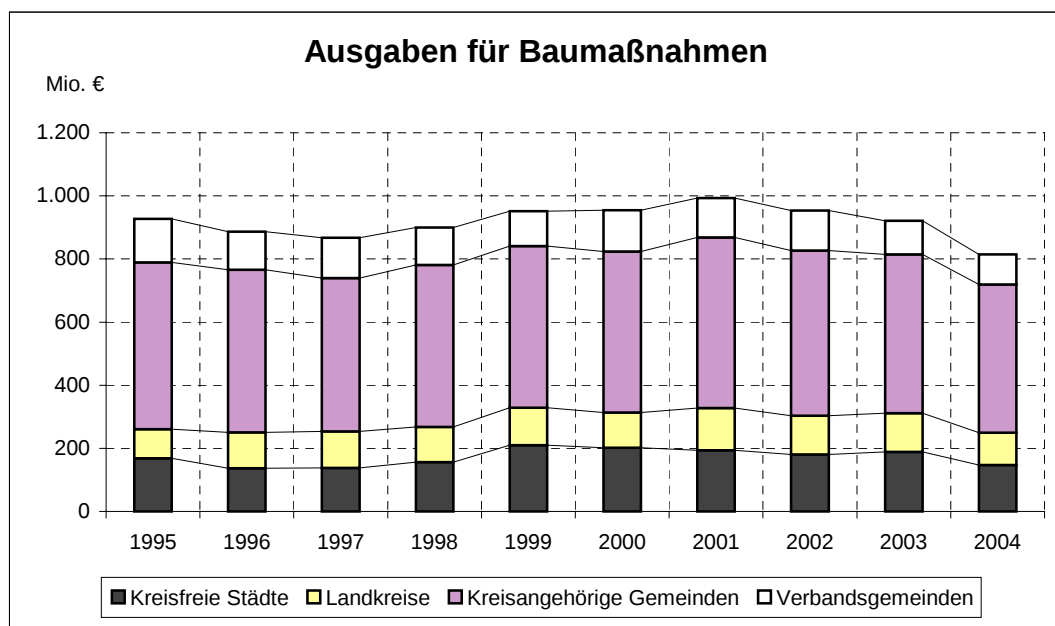
Der Rückgang der Quote 2004 war durch den Anstieg der Steuereinnahmen bedingt.

3.5 Sachinvestitionen

Die Sachinvestitionen waren im dritten Jahr in Folge rückläufig. Gegenüber dem Vorjahr gingen sie um 130 Mio. € auf 1.025 Mio. € zurück, der niedrigste Wert im Zehnjahresvergleich. Rund zwei Drittel der kommunalen Sachinvestitionen entfallen auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden.



Die Ausgaben für Baumaßnahmen gingen gegenüber dem Vorjahr um 106 Mio. € auf 815 Mio. € zurück. Von dem Rückgang entfielen auf die kreisfreien Städte 41 Mio. €, auf die Landkreise 21 Mio. € sowie auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden 44 Mio. €.



Neben den Ausgaben für eigene Investitionsmaßnahmen gewährten die Gemeinden und Gemeindeverbände Zuweisungen und Zuschüsse von 111 Mio. € für Investitionen anderer, 24 Mio. € weniger als im Vorjahr.

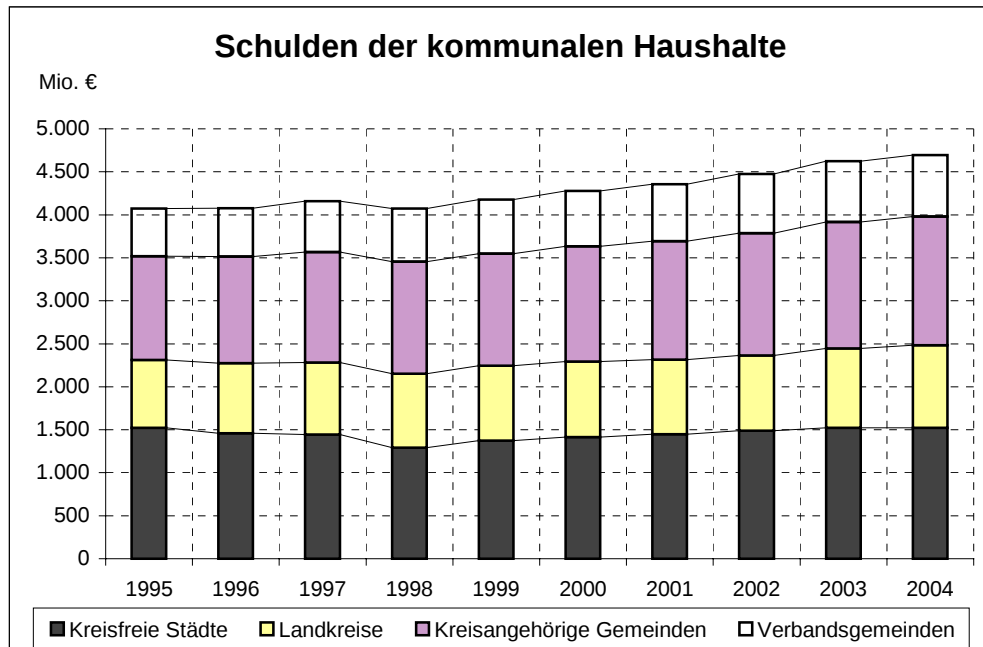
Durch die Auslagerung von Einrichtungen aus den Haushalten wird ein langfristiger Vergleich der Ausgaben für Sachinvestitionen insgesamt erschwert. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre liegen die Investitionsausgaben der ausgelagerten Einrichtungen in etwa auf gleicher Höhe wie die der Kommunen selbst³⁴⁾.

³⁴⁾ 2001 waren dies insgesamt 1.206 Mio. €. Aktuellere Werte liegen nicht vor.

4. Schulden der kommunalen Haushalte

4.1 Kredite für Investitionen

Die kommunalen Haushalte hatten 2004 Schulden von insgesamt 4.695 Mio. €³⁵⁾ gegenüber 4.626 Mio. € im Vorjahr. Hiervon entfielen auf die kreisfreien Städte 1.525 Mio. €, auf die Landkreise 959 Mio. €, auf die kreisangehörigen Gemeinden 1.497 Mio. € und auf die Verbandsgemeinden 714 Mio. €.



4.2 Kassenkredite

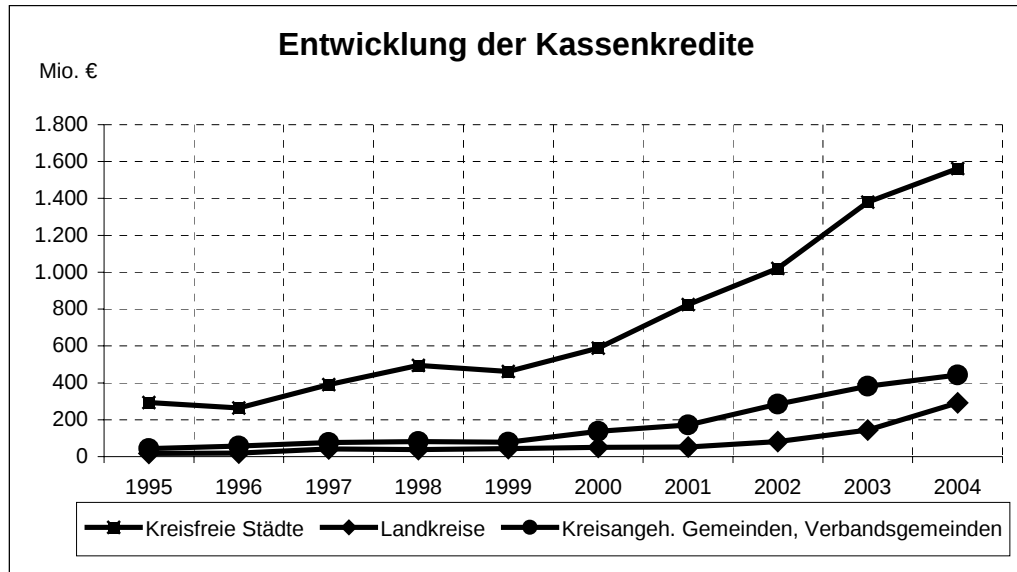
Der Zuwachs der Kassenkredite macht die angespannte Finanzsituation der Kommunen deutlich. Nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung sollen Kassenkredite nur kurzfristige Liquiditätsengpässe überbrücken, um die Finanzierung der laufenden Ausgaben sicher zu stellen³⁶⁾. Aufgrund der seit über einem Jahrzehnt anhaltenden negativen Finanzierungssalden vieler kommunaler Gebietskörperschaften werden die Kassenkredite immer mehr zur Finanzierung von laufenden Ausgaben und von Fehlbeträgen aus früheren Haushaltsjahren in Anspruch genommen. Im Jahr 2004 entsprach der Stand der Kassenkredite aller Kommunen in Rheinland-Pfalz bereits 49 % des Schuldenstands der Kredite für Investitionen.

Im Jahr 2004 stieg die Verschuldung durch Kassenkredite gegenüber dem Vorjahr um 391 Mio. € auf 2.297 Mio. € an. Vom Zuwachs entfielen auf die kreisfreien Städte 181 Mio. €, auf die Landkreise 148 Mio. € sowie auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden 61 Mio. €³⁷⁾. Im Zehnjahresvergleich stieg die Verschuldung insgesamt um das 5,5fache.

³⁵⁾ Nach Fortschreibung der vierteljährlichen Kassenstatistik. Die Schuldenstatistik zum 31. Dezember 2004 lag noch nicht vor.

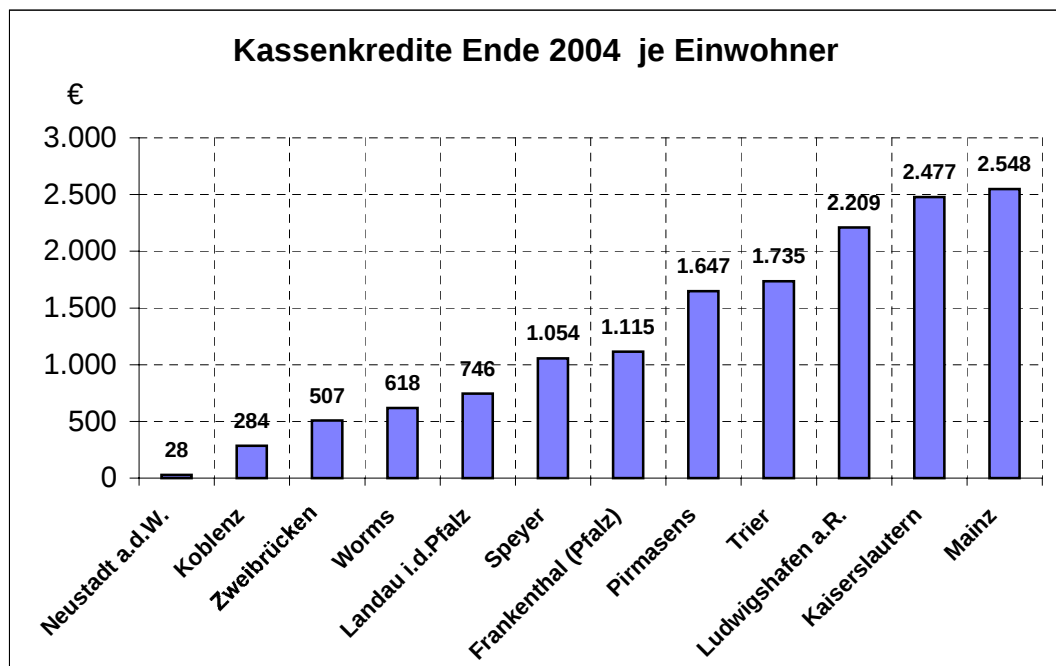
³⁶⁾ § 105 GemO; Nr. 1 VV zu § 105 GemO.

³⁷⁾ Davon 10 Mio. € auf die großen kreisangehörigen Städte.



1.562 Mio. € oder 68 % der Kassenkredite entfielen auf die kreisfreien Städte. Dieser Betrag, der 2004 erstmals die Höhe der langfristigen Kredite für Investitionen überschritt, entsprach 84 % der Einnahmen der Verwaltungshaushalte. Bei der Stadt Mainz überstiegen die Verpflichtungen aus Kassenkrediten sogar die im Jahr 2004 veranschlagten Einnahmen des Verwaltungshaushalts um 48 % und bei der Stadt Kaiserslautern um 37 %.

Im Einzelnen ergab sich folgende Belastung je Einwohner:



Sechs große kreisangehörige Städte nahmen Kassenkredite von 76 Mio. € oder 293 € je Einwohner in Anspruch, das entsprach 3 % des Gesamtbetrags aller Kassenkredite ³⁸⁾.

³⁸⁾

Stadt	Kassenkredite in €/Einwohner
Bad Kreuznach	334
Idar-Oberstein	472
Andernach	102
Neuwied	383
Lahnstein	167
Bingen am Rhein	585

Die durchschnittliche Verschuldung durch Kassenkredite betrug bei den kreisfreien Städten 1.548 € je Einwohner und im Landkreisbereich insgesamt 241 € je Einwohner.

4.3 Gesamtschulden

Im Vergleich der acht Flächenländer (West) hatten die Gemeinden und Gemeindeverbände in Rheinland-Pfalz 2003 wie im Vorjahr den vierthöchsten Schuldenstand ³⁹⁾.

Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände								
	- in € -							
	Baden-Würtemb.	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinl.-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein
1999	783	1.107	1.653	1.275	1.545	1.187	1.424	1.024
2000	752	1.110	1.625	1.253	1.539	1.259	1.480	1.017
2001	792	1.113	1.607	1.260	1.566	1.342	1.506	1.024
2002	726	1.150	1.647	1.289	1.615	1.454	1.574	1.015
2003	756	1.248	1.734	1.397	1.778	1.617	1.661	1.084
Veränderung 2003 zu 1999	-27	141	81	122	233	430	237	60

Die Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Rheinland-Pfalz ist mit 1.617 € je Einwohner höher als der Durchschnitt der Kommunen der Flächenländer (West). Ein Vergleich ist jedoch wegen des unterschiedlichen Stands der Auslagerung von Einrichtungen aus den kommunalen Haushalten nur bedingt möglich.

Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände						
	1999	2000	2001	2002	2003	2003/1999
	- in € -					%
Flächenländer (West)	1.260	1.253	1.273	1.298	1.406	11,6
davon						
- Kreditmarktschulden (i.w.S.)	1.096	1.077	1.068	1.066	1.088	-0,7
- Schulden bei öffentl. Haushalten	67	66	65	65	68	1,5
- Innere Darlehen, Kassenkredite	97	110	140	167	250	157,7
Rheinland-Pfalz	1.187	1.259	1.342	1.454	1.617	36,2
davon						
- Kreditmarktschulden (i.w.S.)	1.023	1.049	1.064	1.091	1.130	10,5
- Schulden bei öffentl. Haushalten	17	16	17	17	14	-17,6
- Innere Darlehen, Kassenkredite	147	194	261	346	473	221,8

Zählt man alle Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen, summiert sich die Verschuldung auf 11,4 Mrd. € oder 2.800 € je Einwohner.

Speyer, 7. April 2005

Rechnungshof
Rheinland-Pfalz

Volker Hartloff
Präsident

³⁹⁾ Ohne die Schulden der Eigenbetriebe und Krankenanstalten. Die Angaben sind aus den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamts, Finanzen und Steuern, Fachserie 14, Reihe 5, "Schulden der öffentlichen Haushalte" ermittelt (Bevölkerung zum 30. Juni des Bezugsjahres).

Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Gebietskörperschaftsgruppen

Jahr	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Landkreise	Kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden
- Mio. € -				
1. Einnahmen				
1.1 Laufende Rechnung				
2003	6.841	1.542	1.876	3.423
2004	7.171	1.725	1.965	3.481
+ / -	+ 330 (+ 4,8 %)	+ 183 (+ 11,9 %)	+ 89 (+ 4,7 %)	+ 58 (+ 1,7 %)
1.2 Kapitalrechnung				
2003	871	220	101	550
2004	832	202	91	539
+ / -	-39 (-4,5 %)	-18 (-8,2 %)	-10 (-9,9 %)	-11 (-2,0 %)
1.3 Gesamteinnahmen				
2003	7.712	1.762	1.977	3.973
2004	8.003	1.927	2.056	4.020
+ / -	+ 291 (+ 3,8 %)	+ 165 (+ 9,4 %)	+ 79 (+ 4,0 %)	+ 47 (+ 1,2 %)
2. Ausgaben				
2.1 Laufende Rechnung				
2003	7.119	1.849	1.984	3.286
2004	7.356	1.928	2.078	3.350
+ / -	+ 237 (+ 3,3 %)	+ 79 (+ 4,3 %)	+ 94 (+ 4,7 %)	+ 64 (+ 1,9 %)
2.2 Kapitalrechnung				
2003	1.306	293	171	842
2004	1.153	230	146	777
+ / -	-153 (-11,7 %)	-63 (-21,5 %)	-25 (-14,6 %)	-65 (-7,7 %)
2.3 Gesamtausgaben				
2003	8.425	2.142	2.155	4.128
2004	8.509	2.158	2.224	4.127
+ / -	+ 84 (+ 1,0 %)	+ 16 (+ 0,7 %)	+ 69 (+ 3,2 %)	-1 (0,0 %)